

Die WEG-Fraktion wird dem Haushalt 2025 nicht zustimmen.

Das ist folgerichtig; denn wir haben nicht nur im vergangenen Jahr, sondern während dieser gesamten Ratsperiode davor gewarnt, dass wir auf eine Überschuldung unserer Kommune zusteuern.

Im letzten Jahr war das bereits ganz klar. Die beschlossenen Einsparungen führten zwar dazu, dass die Steuern nur moderat erhöht werden mußten. Das verbleibende Defizit jedoch wurde ohne Gegenmaßnahmen nach 2025 verschoben und verzehrte damit einen großen Teil unserer Ausgleichsrücklage.

Nun haben wir den gleichen Vorgang. Ein erneutes Defizit, jetzt 21.097 Mio. €. Es wird wieder mit der Ausgleichsrücklage verrechnet. Bleiben dort zum Jahresende 2025 noch ganze 332 T€.

Wir können also den Haushalt, so wie er vorliegt, in diesem Jahr noch beschließen. Er gilt **mit dem Verbrauch der Ausgleichsrücklage** immer noch **fiktiv als ausgeglichen**.

Wer das nicht hinterfragt kann denken, damit sei doch alles in Ordnung.

Das ist auch der Eindruck, der sich im Jahr der Kommunalwahl vielen Bürgern so vermitteln wird. Und das ist gefährlich.

Schönreden, Versprechungen machen, die dann nicht eingelöst werden. Das rächt sich. „Was man verspricht, das muss man halten“. Dieser Spruch enthält eine tiefe Weisheit. Deren Mißachtung auf allen Ebenen der Politik hat zu dem geführt, was man Politikverdrossenheit nennt.

Sie trifft die etablierten Parteien, die sich für die Mitte halten und fördert die, die sich als Heilsbringer darstellen, aber ihre Versprechen auch nicht einlösen werden.

*Der allseits geforderte Wandel in der Politik heißt nichts anderes als das: **Bei der Wahrheit bleiben**.*

Die aber ist in der Politik gelegentlich unattraktiv.

*Den Menschen zu sagen, dass etwas **nicht oder nur zur Hälfte geht**, ist nicht immer leicht und oft nicht gewollt; denn es schmälert den Wahlerfolg.*

Diese Haltung hat uns dahin gebracht, wo wir heute sind.

*In einer Gesellschaft in der **Verunsicherung herrscht, die jede Zuversicht raubt** und damit den Glauben an die, die man mal gewählt hat, um unser Gemeinwesen klug und durchdacht, aber auch ruhig und zielstrebig zu lenken.*

*Die Unzufriedenheit mit den bisher regierenden Parteien betrifft nicht nur Land, Bund und EU. Sie **betrifft auch uns hier in Gronau**.*

Wir können nur davor warnen, unsere hoch-kritische Haushaltssituation zu verschweigen und den Eindruck zu erwecken, es sei alles nicht so schlimm.

Das Erwachen wird für alle nach der Kommunalwahl unvermeidlich kommen.

Aber: Wir wollen hier auch nicht nur als Orakel, das Böses prophezeit, als Schwarzmaler sozusagen auftreten.

Es gibt nämlich durchaus Handlungsoptionen für unsere Stadt.

Doch die werden unbequem sein, sehr viel Arbeit machen und den großen Mut erfordern, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen und sie zu begründen.

Sie werden auch ein engeres Zusammenarbeiten der Fraktionen untereinander und des Rates mit der Verwaltung erfordern, deutlich enger und zielgerichteter jedenfalls, als das in dieser Ratsperiode der Fall war.

Zurück zum Haushalt:

Schauen Sie sich das an. Das ist die voraussichtliche Entwicklung unseres Eigenkapitals nach der vorliegenden Planung:

Selbst der auf der Einnahmeseite optimistische Entwurf des Bürgermeisters zeigt bei der gegenwärtigen Kostenstruktur, dass nach der **Ausgleichsrücklage** auch unsere **Allgemeine Rücklage bei regulärer Rechnung** ca. 2029/30 verbraucht sein wird.

Dann werden wir nicht mehr nur in der Haushaltssicherung sein, dann sind wir zugleich auch insolvent.

Bei regulärer Rechnung müsste nämlich der Jahresfehlbetrag 2027 (13.303 €) mit der dann noch vorhandenen allgemeinen Rücklage von 46.998 Mio verrechnet werden, ergibt einen Rest von 33.695 Mio. **Das wird nicht getan.**

Stattdessen wird der Verlust auf **neue Rechnung vorgetragen**, ein Instrument, auf das ich gleich noch zu sprechen komme.

Bei regulärer Rechnung hätten wir Ende 2027 also noch 33.695 Mio. € in der Rücklage. Ziehen wir davon den planerischen Verlust 2028 (12.276 €) ab, verbleiben uns am Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums noch 21.419 Mio.

Man sieht ganz klar, wenn die Entwicklung so bleibt, ist das Eigenkapital der Stadt Gronau 2029/30 weg!

Das gilt erst recht, wir den globalen Minderaufwand (ein „Gestaltungsgeschenk“ des Landes) nicht in Ansatz bringen, sondern den tatsächlichen betriebswirtschaftlichen Verlust von 25 Mio € berücksichtigen.

Mit einem weiteren Gestaltungselement, das uns das Land NRW geschenkt hat (man kann das auch als Buchungstrick oder Erlaubnis zu kreativer Buchhaltung bezeichnen) dürfen wir diese prekäre Lage jedoch heute noch besser darstellen, als sie in Wirklichkeit ist.

Der Verlustvortrag ist die Lösung!?

Nein, er ist keine Lösung, sondern nur **die vom Land abgesegnete Erlaubnis, unsere Lage besser darzustellen, als sie in Wahrheit ist.**

Wir haben dadurch keinen müden Euro mehr in der Kasse.

Typisch Politik, das macht sie immer so. Mehr Schein als Sein. Hier sieht man es deutlich.

Durch den Verlustvortrag wird das Defizit von 2027 (13.303 Mio. €) eben nicht mit der Rücklage verrechnet, sondern nach 2028 verschoben.

Nur In dieser Rechnung sind wir damit im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung noch **nicht in der Haushaltssicherung.**

Die wird, man kann das kreativ oder trickreich oder auch **verwerflich nennen**, einfach über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinausgeschoben.

Unter Nutzung dieses Instruments soll heute die Finanzplanung beschlossen werden.

Und sie wird es, weil die Mehrheit gleich diesen Haushalt beschließen wird.

Sie übernimmt damit zugleich und folgerichtig neben Bund und Land die Mit-Verantwortung für unsere düstere Finanzlage.

Wie scharf auf Kante diese Trickserei gerechnet ist, sehen Sie auch, wenn Sie das Ganze aus einem weiteren Blickwinkel betrachten:

Das Gesetz sieht vor, dass wir ein Haushaltssicherungskonzept nicht erst dann, wenn wir pleite sind (also etwa 2029/30), sondern schon vorher aufstellen müssen, nämlich dann, wenn innerhalb eines Planjahres 25 % der allgemeinen Rücklage verbraucht wird.

Genau das passiert möglicherweise schon 2026.

Aber nein, in dieser Rechnung heute sind es nur **24,9 %**.

Dass das so bleibt, davon gehen die aus, die heute diesen Haushalt beschließen werden.

Was passiert wohl, wenn die optimistische Gewerbesteuerannahme nicht eintritt oder der nächste Tarifabschluss bei Verdi aus 50 Mio. € Personalkosten in 2025/26 deutlich mehr macht?

Und dann gibt es da noch die Frage, ob die Kommunalaufsicht diesen Haushalt genehmigen wird.

Er ist durch den Verlustvortrag nämlich erstmalig nicht mehr nur anzeige- sondern **genehmigungspflichtig.**

Wie gesagt: nach außen aber kann man im Wahljahr damit durchaus den Eindruck vermitteln, als sei alles in Ordnung.

Wir halten den Vorgang für problematisch.

Wenn man dazu die Rahmenbedingungen betrachtet, ergibt sich Folgendes:

*Die ständigen **Haushalterleichterungen**, die das Land in den letzten 10 Jahren und vermehrt in letzter Zeit den Kommunen schenkt, sind **vergiftete Geschenke**.*

*Statt auskömmlicher Finanzierung überhäuft man die Kommunen mit Bilanzierungserleichterungen, nur mit dem einen Ziel:
die rechnerische Überschuldung möglichst lange hinauszuzögern.*

Gleichzeitig werden die Kommunen von Land und Bund immer wieder mit zusätzlichen Aufgaben belastet, meistens ohne dazu die nötige Finanzierung in vollem Umfang zu leisten.

Ein eklatanter Verfassungsbruch von Land und Bund, und das seit vielen Jahren, ohne dass es dazu Aufregung im Bundestag oder den Landesparlamenten gäbe.

Zurück zu unserem Haushalt.

Ein solches vergiftetes Gestaltungsgeschenk ist auch der Verlustvortrag.

Wie dargestellt, erlaubt er es, die Verrechnung eines jährlichen Defizits mit der Allgemeinen Rücklage zu **unterlassen** und den Verlust stattdessen auf neue Rechnung vorzutragen.

Dieses Instrument nutzt der Haushaltsentwurf des Bürgermeisters und will damit sagen, dass wir 2026 - 2028 nicht in die Haushaltssicherung müssen.

Der Gedanke dahinter ist das Prinzip Hoffnung:

Weil wir nämlich nach 2028 so hohe Gewinne machen werden, dass wir damit **innerhalb von drei Jahren den Verlustvortrag werden verrechnen** können.

Das jedenfalls ist die gesetzliche Annahme, unter der ein solcher Verlustvortrag überhaupt zulässig ist.

Liegt diese Voraussetzung vor? Wir glauben nicht. Auch hier regiert das politische Wunschdenken.

Glaubt hier wirklich jemand, dass wir ab 2029 so einnahmestark sein werden dass wir erstens kein Jahresdefizit mehr haben werden, obwohl es im Vorjahr noch 12.276 Mio. € betrug?

Und glaubt zweitens wirklich jemand, dass dieser Gewinn dann zusätzlich **so hoch** sein wird, dass wir **in nur drei** Folgejahren den vorgetragenen Verlust werden abbauen können?

Bei realistischer Betrachtung gibt es darauf nur eine Antwort:

Nein das wird nicht klappen.

Außerhalb des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums, aber noch vor oder besser gesagt,

genau mit dem Ende der nächsten Ratsperiode werden wir **ohne Eigenkapital dastehen** und damit definitiv und endgültig nicht nur in der Haushaltssicherung sein, sondern auch ohne jeden finanziellen Spielraum.

Gehen wir mal weg von dem abstrakten Begriff „Haushaltssicherung“.

Inhaltlich heißt das:

Der Rat der Stadt Gronau muß dann ein Konzept machen – und natürlich anschließend auch umsetzen - mit dem er innerhalb der nächsten 10 Jahre den Haushaltsausgleich herbeiführt, also im Jahresergebnis eine schwarze Null erzielt.

Wissen Sie was das heißt?

Dramatische Kürzungen in allen Bereichen. Nicht nur innerhalb der Verwaltung und bei Investitionen, sondern auch im Jugend- und sozialen Bereich und ganz besonders bei freiwilligen Leistungen, drastische Steuererhöhungen ganz nebenbei noch dazu.

Ich sage Ihnen voraus, genau das Szenario werden wir vor der Kommunalwahl 2029 haben. Es wird den Ratsfraktionen der kommenden Ratsperiode krachend auf die Füße fallen.

In der Öffentlichkeit wird man die im kommenden Rat vertretenen Parteien und Wählergemeinschaften als unfähig ansehen und sich neuen Heilsbringern zuwenden.

Die, die das verursacht haben, werden ihren Beitrag dazu dann längst vergessen haben.

Nicht nur in unserer Kommune, auch in Land und Bund wird diese Tendenz Nahrung erhalten, wenn nicht auf allen Ebenen in den nächsten Jahren Entscheidendes passiert.

Politikwende nennt man das, von oben definiert und ganz schön abstrakt.

Diese dringend nötige Politikwende muß auf allen Ebenen erfolgen, EU, Bund, Land, aber **auch bei uns in Gronau.**

Damit müssen wir jetzt anfangen und nicht erst vor der Kommunalwahl 2029.

Der erste Schritt ist dieser Haushalt 2025.

Unsere Mahnungen, dass dieser Schritt schon längst hätte gemacht werden müssen, verhallte bisher leider ohne Wirkung.

Allerdings können wir unsere Finanzlage nicht einfach mit einem Handstreich noch in diesem Jahr sanieren und auch nicht in wenigen Folge-Jahren. Das strukturelle Defizit abzubauen bedarf zunächst einer **sorgfältigen Analyse, dann einer Strategie und dann mutiger Schritte**, die nicht jeden, der davon betroffen wird, erfreuen werden.

Aber wir können damit jetzt anfangen.

Es war deshalb gut, dass sich der Rat mit deutlicher Mehrheit und im Einvernehmen mit der Verwaltung entschlossen hat, unserer Aufforderung zu folgen, damit schon jetzt zu

beginnen. Wir gehen damit einen Weg, den wir voraussichtlich zum Ende der nächsten Ratsperiode sowieso werden gehen müssen, dann aber mit deutlich engerem Spielraum. Es ist also gut, damit schon jetzt zu beginnen.

Sämtliche Strukturen unserer Verwaltung müssen auf den Prüfstand mit dem Ziel, die Effizienz zu steigern und Kosten zu sparen.

Bei jährlichen Defiziten von 18,8, 21,1, 15,9, 13,3 und 12,2 Mio. € (2024 – 29) rutschen wir unvermeidbar in eine finanzwirtschaftlich hoffnungslose Zukunft.

Wir sind dabei nicht allein. Mit uns geht der weit überwiegende Teil der Kommunen in NRW denselben Weg. Das Land aber wird nicht die Kraft haben, sie aufzufangen. Und wie in NRW ist es in allen Bundesländern, weil auch der Bund nicht mehr die finanzielle Kraft hat, die erforderlich wäre.

Er könnte sie nach Modifizierung der Schuldenbremse haben. Ob es dazu kommt, ist aber fraglich.

Was bleibt, ist auch hier die Hoffnung auf ein phänomenales Wachstum der deutschen Wirtschaft. Wie schnell wird das sein?

Man sieht deutlich, die Perspektiven, die zur Besserung des Bundes- der Länderhaushalte führen könnten und in der Folge zur Entlastung der Kommunen, sind mehr als dürftig.

Damit erneut zurück zu unserem Haushalt.

Wenn wir also gemeinsam beschlossen haben, Struktur und Organisation unserer Verwaltung effizienter zu machen und gleichzeitig einig sind, dass das nicht von heute auf morgen geht, sondern ein Projekt für die ganze nächste Ratsperiode und auch darüber hinaus sein wird, dann könnte doch auch die **WEG diesem immerhin noch fiktiv ausgleichsfähigen Haushalt zustimmen**, könnte man meinen.

Dass wir das nicht tun, hat zwei gewichtige Gründe.

Die Verwaltung und ihr folgend die Mehrheit dieses Rates halten immer noch an Investitionsentscheidungen fest, die nach unserer festen Auffassung nicht nur eine irrealen, sondern mittlerweile eine geradezu groteske Größenordnung erreicht haben.

Hier Abhilfe zu schaffen, wäre eine Möglichkeit gewesen, sofort, schon in diesem Jahr, einen wichtigen Konsolidierungsschritt zu machen.

Natürlich müssten dann auch die, die das Füllhorn der Investitionsversprechungen gefüllt haben, Abstriche machen, also Versprechungen zurücknehmen und nicht nur das, auch angefangene Projekte müssten sie auf Eis legen.

Das erfordert das Eingeständnis, mit der einen oder anderen Entscheidung vielleicht doch falsch gelegen zu haben.

Wie schon gesagt, so etwas ist wider die Natur in der herkömmlichen, stark narzisstisch geprägten politischen Wirklichkeit.

Nach unserer Auffassung ist auch genau das etwas, das sich ändern muß.

Der zweite Grund liegt darin, dass es Investitionsmaßnahmen gibt, die auf Empfehlung der Verwaltung von der Ratsmehrheit beschlossen wurden und für die **kein oder ein deutlich zu geringer Ansatz im Haushalt 25 und der mittelfristigen Finanzplanung** enthalten sind.

Das betrifft das Gesundheitszentrum, das Gebäude auf dem Kurt-Schumacher-Platz, das Deilmann-Rathaus und neuerdings auch das EUREGIO-Gebäude, das nach dem Willen der Verwaltung durch die Stadt Gronau errichten werden soll. Kein Ansatz im Haushalt 25 und danach.

Wir werden in einem nachfolgenden Tagesordnungspunkt noch dazu kommen.

Die völlig überdimensionierten Investitionspläne verstärken das Finanzrisiko.

Einige vermeintlich findige Buchhalter in Rat und Verwaltung trösten sich damit, dass Bauinvestitionen doch investiv seien, also den jährlichen Erfolgsplan gar nicht berühren; denn der sei schließlich nur das Ergebnis der Einnahmen abzüglich konsumtiver Ausgaben.

Soweit ganz richtig, aber nicht zu Ende gedacht. Die durch Investitionen ausgelösten **Abschreibungen** und die zu zahlenden **Zinsen sind konsumtiv** und belasten somit sehr wohl die jährliche Erfolgsrechnung.

Zweitens geht die zu zahlende Tilgung zwar nicht in den Erfolgsplan ein, aber gezahlt werden muß sie dennoch. Damit belastet sie die Liquidität der Stadt.

Steigende Liquiditätsengpässe und eine damit tendenziell steigende Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten sind die Folge.

Die überzogene Investitionspolitik in unserer Stadt ist ein **Ergebnis fehlender Investitionsplanung und fehlender Planung überhaupt.**

Die wird gerne in Frage gestellt mit dem Hinweis, wir hätten schon genug Planungen. Sicher, die haben wir. Aber sie sind nicht miteinander koordiniert und zu oft sind sie für den Aktenschrank.

Planungen sind kein Allheilmittel. Aber sie erzeugen einen roten Faden, an dem sich das strategische und operative Handeln orientieren sollte. Kein Unternehmen arbeitet ohne Gesamtplanung und auch eine Stadt sollte das nicht tun.

Wir tun es ja sogar, wir planen hier und heute in unserer Finanzplanung über das Jahr hinaus. Natürlich nur, weil es einen gesetzlichen Zwang dazu gibt.

Und diese Planung stellt leider nur das **finanzielle Ergebnis einer ansonsten herrschenden Planlosigkeit dar**. Wie traurig das Ergebnis ist, sehen Sie.

Auch daran müssen wir arbeiten. Instrumente dafür sind vorhanden.

Zur Planung von Investitionen in Immobilien hat das Land NRW sie sogar für die Kommunen entwickelt, 2024 aktualisiert und stellt sie den Kommunen zur Verfügung.

Es hat einen Leitfaden herausgebracht mit dem Titel:

Wirtschaftlichkeitsvergleiche für immobilienwirtschaftliche Maßnahmen der Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ergänzend dazu hat die NRW-Bank ein **Rechenmodell für Wirtschaftlichkeitsvergleiche** herausgebracht, das kostenlos erhältlich ist.

Mit diesem Berechnungswerkzeug können **wir selbst** unterschiedliche Handlungsstrategien für kommunale Gebäude erfassen und aus wirtschaftlicher Sicht einander gegenüber stellen, und zwar für einen Betrachtungszeitraums von bis zu 35 Jahren.

Diese Werkzeuge zum Einsatz zu bringen, wird nicht nur eine lohnende, **sondern zwingende Aufgabe** sein.

Soweit zum Haushalt selbst.

Im Kontext zum Haushalt stehen weitere wichtige kommunale Aufgaben.

Vor mittlerweile 50 Jahren wurden Gronau und Epe zu einer Stadt zusammengefügt. Heute sind wir eine Stadt, bestehend aus zwei Ortsteilen. Beide Ortsteile haben den Anspruch, weiter entwickelt zu werden, und **zwar gleichrangig**.

Epe war in den letzten Jahren nach unserer Auffassung dabei ins Hintertreffen geraten.

Das war für uns Anlaß, ein Entwicklungskonzept für Epe zu fordern und wir sind froh, dass der Rat diesem Antrag folgte und das Konzept in fortgeschrittener Bearbeitung ist. Das Konzept zu vervollständigen und schrittweise umzusetzen, wird die Arbeit der folgenden Monate sein und auch die nächste Ratsperiode wesentlich prägen.

Die sich dabei bietende Chance, Investitionen durch Städtebauförderung und andere Mittel möglichst weitgehend finanziert zu bekommen, muß **zwingend** im Hinblick auf unsere Haushaltslage, das Ziel aller sein.

Trotz schwieriger finanzieller Lage sind wir verpflichtet, Investitionen in die Zukunft unserer Stadt durchzuführen.

Und gerade wegen unserer schwierigen finanziellen Lage stellt dabei die Höhe der Förderung eine wichtige, die Prioritäten maßgeblich mitbestimmende, Größe dar.

Ihren Vorschlag, auch ein integriertes Stadtentwicklungskonzept für den Ortsteil Gronau aufzulegen, sollte die Verwaltung möglichst bald mit Inhalt füllen.

Dabei muß klar sein, dass nicht der Eindruck entstehen darf, der Ortsteil Epe könne in Folge dieser Initiative nachrangig behandelt werden.

Nicht nur aus diesem Grunde ist auch ein **gesamtstädtisches Entwicklungskonzept unverzichtbar**. In welcher Form dieses umgesetzt wird, ist nachrangig. Wichtig ist, dass es in Angriff genommen wird. Viele Vorarbeiten sind gemacht. Sie müssen zusammengefaßt und ergänzt werden. Eine weitere wichtige Aufgabe für die kommenden Monate und die nächste Ratsperiode.

Durchaus **auch im Kontext** zu kommunalen Haushalten stehen zwei Bereiche, die im Bund derzeit eine breite und kontroverse Diskussion verursachen.

Es ist nicht damit getan, auf Bundesebene zu fordern, dass arbeitsfähige, **aber arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger** sanktioniert werden müssen und verschärfte gesetzliche Grundlagen dafür geschaffen werden müßten.

Die Arbeit an diesem Thema erfolgt vor Ort und sie muß unterstützt werden, und zwar durch Gesetze, die **paßgenau** sind.

Nicht alle sind so, wie politische Schwarz-Weiß-Malerei das zeichnet.

Es gibt nämlich durchaus und wohl auch **viele Menschen, die der solidarischen Hilfe** bedürfen.

Und sie sollten sich durch Politikeräußerungen nicht bedroht fühlen.

Es ist aber andererseits auch **nicht zu bestreiten**, dass es auch, und zwar zu viele, Menschen gibt, die Bürgergeld empfangen, **arbeiten könnten, dies aber beharrlich nicht tun**. Stütze und Schwarzarbeit, ein Lebensmodell auf Kosten der Gemeinschaft.

Es gibt diese Menschen nach unserer Überzeugung. Und eine Gruppe von ihnen bucht dann auch noch für ihre Kinder 45 Stunden im Kindergarten.

Das erzeugt einen großen Unwillen in der Bevölkerung. Menschen, die in Niedriglohngruppen arbeiten fragen sich zunehmend, warum sie sich das noch antun.

Und sie sind es, die an unserem demokratischen System zweifeln und an der hergebrachten Politik der Parteien der Mitte.

Und das auch in Gronau. Und damit sind wir bei dem, was wir hier vor Ort tun können: **Zuständig dafür, Sozialmißbrauch in Gronau abzubauen, ist die Sozialverwaltung und ebenso das örtlichen Job-Center.**

Deren **Lösungskompetenz in diesem Bereich muß deutlich verbessert** werden. Auch das ist auch eine kommunale Aufgabe für die nächsten Monate und die nächste Ratsperiode.

Und dann ist da die Flüchtlingsfrage. Ja, die Kommunen sind am Limit. Eine **gesetzeskonforme und auf europäischer Ebene solidarisch und menschlich gehandhabte Zuzugsbegrenzung** ist erforderlich. Doch das liegt nicht in unserer Hand.

Aber es sei auch erlaubt zu fragen, ob Kommunen etwas verbessern können.

Wir haben die zu uns gekommenen Menschen untergebracht und hinsichtlich finanzieller Unterstützung nach Asylbewerberleistungsgesetz, SGB II oder XII einsortiert.

Nicht selten hört man die Auffassung, damit **habe die Kommune alles getan, was sie zu tun hätte.**

Wir glauben das nicht.

Deutlich verbesserungsbedürftig erscheinen uns Bemühungen im Bereich der **sozialen Betreuung und auch, das sage ich ganz deutlich, der Anforderung von Arbeitsleistungen durch Flüchtlinge.** Zu tun gibt es in unserer Stadt genug.

Wir werden auch das in den nächsten Monaten und in der nächsten Ratsperiode zum Thema machen.

Zum Schluß noch ein Thema, das ebenfalls mittelbar mit dem Haushalt zu tun hat, sofern wir die Notwendigkeit sehen, die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen:

Das Thema Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt.

Wir haben da ein unübersehbares Problem, dessen Ursachen vielschichtig sind und das nicht so leicht zu lösen ist. Auch nicht von einem zum anderen Tag. Dennoch müssen wir es anpacken:

Das fängt bei der Verschmutzung von Containerstandorten und öffentlichen Räumen an, wird ersichtlich, wenn Menschen in der Innenstadt im öffentlichen Bereich nachts ihr Lager aufschlagen, wenn Menschen auf Straßen und Plätzen angepöbelt, belästigt und **tätlich – teilweise sogar äußerst brutal** - angegriffen werden. Trauriger neuer Höhepunkt ist nun die Schändung einer Kirche.

Das können wir nicht dulden.

In Kooperation mit der Polizei und dem Ordnungsamt müssen wir die Situation analysieren und geeignete Mittel finden, um der hier zum Ausdruck kommenden **Rüpelhaftigkeit und Kriminalität** entgegen zu wirken.

Keine leichte Aufgabe, die zur Lösung vielfältiger Instrumente bedarf. Sie zu entwickeln, wird ebenfalls unsere Aufgabe in den nächsten Monaten und in der nächsten Ratsperiode sein.

Videoüberwachung ist dabei **eine Möglichkeit**, aber kein Allheilmittel.

Immerhin finden wir es zufriedenstellend, dass wir einen einstimmigen Beschluss hatten, diese an einigen ausgewählten Containerstandorten einzurichten. Zuvor wurde das immer aus Datenschutzgründen abgelehnt.

Dies ist ein Einstieg. **Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.**
Es muß unser **Ziel sein, das Instrument der Videoüberwachung auch im Bereich von Kriminalitätsschwerpunkten zu nutzen.**

Wir wissen, dass sie nur dort zulässig ist, eine anlasslose globale Überwachung öffentlicher Räume ist nicht möglich.

Es wird also darum gehen, weitere Instrumente zu finden und zu nutzen, um Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt zu verbessern.
Auch das ist eine Aufgabe der nächsten Monate und der folgenden Ratsperiode.

Wir sehen, auf uns alle wartet viel Arbeit. Packen wir sie gemeinsam an.